



Frau
Präsidentin des Nationalrates
Doris Bures
Parlament
1017 Wien

Mag. WOLFGANG SOBOTKA
HERRENGASSE 7
1010 WIEN
TEL +43-1 53126-2352
FAX +43-1 53126-2191
ministerbüro@bmi.gv.at

GZ: BMI-LR2220/0407-II/1/b/2016

Wien, am 3. Mai 2016

Der Abgeordnete zum Nationalrat Rudolf Plessl, Genossinnen und Genossen haben am 16. März 2016 unter der Zahl 8678/J an meine Amtsvorgängerin eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Private Nutzung von Dienstwaffen“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1, 3, 10 und 11:

Anfragespezifische, bundesweit einheitliche Statistiken werden nicht geführt. Daher muss aufgrund des dafür notwendigen hohen Verwaltungsaufwandes und der daraus resultierenden Ressourcenbindung für die dazu erforderliche retrospektive manuelle Auswertung von einer Beantwortung Abstand genommen werden.

Zu den Fragen 2 und 4:

Die Erteilung von Rechtsauskünften fällt nicht unter das parlamentarische Interpellationsrecht.

Zu den Fragen 5 und 6:

Erwerb und Besitz von Schusswaffen ist auf europäischer Ebene in der Richtlinie des Rates vom 18. Juni 1991 über die Kontrolle des Erwerbes und des Besitzes von Waffen (91/477/EWG geändert durch RL 2008/51/EG) geregelt. Gemäß Art. 2 Abs. 2 dieser Richtlinie gelten die Regelungen der Richtlinie insbesondere nicht für den Besitz von Waffen durch die Polizei und somit nicht für Dienstwaffen. Der von der Europäischen Kommission

am 24. November 2015 vorgelegte Vorschlag zur Änderung der Richtlinie 91/477/EWG sieht diesbezüglich keine Änderungen vor. Die Richtlinie 91/477/EWG und der genannte Vorschlag der Kommission beinhalten auch keine gesonderten Regelungen über den Erwerb, Besitz und das Führen von „privaten“ Schusswaffen durch Exekutivbeamte.

Zu Frage 7:

Der Diskussionsprozess zu diesem Thema ist noch nicht abgeschlossen.

Zu Frage 8:

Meinungen und Einschätzungen sind nicht Gegenstand des parlamentarischen Interpellationsrechtes.

Zu Frage 9:

Bei der European Firearms Experts (EFE) handelt es sich um eine Organisation, die sich vor allem der Bekämpfung des illegalen internationalen Waffenhandels widmet. Das spezifische Thema „Dienstwaffennutzung in der Freizeit“ wurde aus diesem Grunde bei den diversen Sitzungen nicht thematisiert.

Mag. Wolfgang Sobotka

